Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2.30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 33 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 9. Februar 1931

Zwischen den Kämpfen.

Ein gewisser Abschnitt in dem Kampf, den der Reichskanzler in und mit dem Reichstag führt, ist mit der Abstimmung zur zweiten Lesung des ersten Haushaltskapitels — in dem die Einnahmen und die Ausgaben des Reichskanzlers und des Reichsministeriums festgelegt sind — am Ende der vergangenen Woche erreicht worden. Die Mißtrauensanträge gegen das Gesamtministerium und die gegen einzelne Mitglieder des Kabinetts wurden abgelehnt, der Haushalt selbst unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge bewilligt. Aber das ist schließlich nur das Äußerliche dieser Vorgänge, zu deren Beginn die große Kanzlerrede gestanden hat. Äußerlich ist auch natürlich nur der Erfolg seines in dieser Rede ausgesprochenen Wollens und Mahnens, dem Gesamthaushalt auf parlamentarischem Wege Gesetzeskraft zu verleihen, doch nach wie vor insofern, als hinter dieser Mahnung auch gleichzeitig der Druck der Warnung steht: „Und tut ihr's nicht willig, so brauch' ich Gewalt“, — nämlich die Notverordnung.

Worauf es dem Kanzler aber anzukommen scheint, das ist doch wohl letzten Endes die Schaffung einer einigermaßen sicheren Parlamentsmehrheit, um dann den Weg der Notverordnungen wieder verlassen zu können, den er sicherlich nicht gern beschritten hat. Und eine solche Mehrheit — das ist wohl das eine innere Ergebnis des hinter uns liegenden Tagungsabschnittes des Reichstages — scheint im Entstehen begriffen zu sein. Noch schwankt der rechte Flügel unsicher hinüber und herüber. Aber die Tatsache als solche, daß der Angriff der Opposition mit einer verhältnismäßig auch noch sehr starken zahlenmäßigen Mehrheit abgeschlagen worden ist, ist doch schon ein fester Abmarschpunkt geworden. Die noch Schwankenden müssen in ihre politische Rechnung einstellen, daß auf vorläufig noch nicht abzusehende Zeit — denn auch die Anträge, den Reichstag aufzulösen, sind abgelehnt worden — Dr. Brüning am Steuer des Reichsschiffes stehen bleibt und den bisher befolgten innenpolitischen Kurs weiterhin beibehält, da ernsthafte, wirklich gefährdende Klippen eigentlich kaum noch für ihn vorhanden sind.

Da also Dr. Brüning Sieger blieb im Kampf mit dem Reichstag, ihn auf den Weg der Haushaltsberatung zwang, war auch sein Sieg im Reichstag selbst zur Gewißheit geworden. Auch die Obstruktion seiner parlamentarischen Gegner konnte dies nur ein paar Stunden aufhalten, nicht aber vereiteln. Selbstverständlich wird sich die Opposition dadurch von weiterem Ansturm nicht abhalten lassen — auch im Parlament nicht, obwohl die erste Etappe den unzweifelhaften Beweis geführt hat, daß den Gegnern des Kabinetts Brüning auf diesem Wege ein Erfolg wohl kaum beschieden sein kann, nämlich der, die Regierung zu stürzen. Und dies ist das zweite innere Ergebnis des ersten Abschnitts. Selbst ein Zufallserfolg der Opposition, der darin bestehen könnte, daß in einer wesentlichen Frage Brünings Mehrheit versagt, irgendeine wichtige Forderung der Regierung nicht angenommen wird, soll hinsichtlich seiner Wirkung ausgeschaltet werden durch die kommende Änderung der Geschäftsordnung, daß das Kabinett oder eines seiner Mitglieder nur durch ein ausdrückliches Mißtrauensvotum gestürzt werden kann. Denn man könnte eine solche Ablehnung einer wichtigen Regierungsvorlage als ein verschleiertes Mißtrauensvotum, als eine Art Versagung des Vertrauens zur Regierung auffassen, mithin als Nötigung zu ihrem Rücktritt. Die Schaffung der Mehrheit führt also auch auf diesem Wege zu einer weiteren Stärkung und Festigung der Position des Kanzlers selbst dagegen, daß es dem Gegner gelingen sollte, einen überraschenden Augenblicksieg zu erringen. Und so kann man den energischen Sturm der Opposition gegen diese Reform durchaus verstehen.

„Der Weg der Notverordnungen“ soll fortgesetzt werden.

Reichskanzler-Rede in Münster.

Anläßlich seines 50jährigen Bestehens hatte der Westfälisch-Lippische Handwerkerbund zu einer Feier nach Münster eingeladen, an der auch Reichskanzler Brüning, der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff und Reichswirtschaftsminister a. D. von Raumer teilnahmen.

Gegen 8000 Personen begrüßten den Reichskanzler bei seinem Erscheinen mit Händeklatschen.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff gab einen „Querschnitt durch den öffentlichen Haushalt“ und betonte, die Lage sei nicht hoffnungslos, wenn wir an unsere eigene Kraft glaubten und alles täten, um Ordnung zu schaffen. Dazu seien nötig: Starkes Verantwortungsbewußtsein der parlamentarischen Körperschaften und starke Führung. Die Vorgänge im Reichstag am Sonnabend hätten gezeigt, daß das Verantwortungsbewußtsein wachse.

Als nächster Redner sprach

Reichswirtschaftsminister a. D. von Raumer

über Probleme der heutigen Wirtschaft. Er führte u. a. aus: Eine wirkliche Gesundung sei nur zu erzielen durch Umstellung der Geister. In Hunderttausenden von Unternehmern müsse der Glaube an die Möglichkeit erfolgreicher Arbeit wieder erwachen. Diesen Glauben durch Reformen wieder zu erwecken, sei Aufgabe der Regierung.

Sodann sprach

Reichskanzler Dr. Brüning:

Von dem Sturz den Berg hinunter sei das Volk nicht allein durch gesetzgeberische Maßnahmen zu retten. Notwendig sei der Glaube an sich selbst, das Vertrauen zu einer Regierung, die in so entscheidenden Augenblicken keinem Stande angenehmes sage oder Versprechungen mache, die nicht zu halten wären.

Das deutsche Volk stehe heute an der Umkehr.

Soweit habe es endlich gebracht werden können. Daraus folgten die weiteren Konsequenzen. Unter allen Umständen müsse eine Vereinfachung des gesamten Finanz- und Steuerwesens herbeigeführt und der Weg der Notverordnungen fortgesetzt werden.

Wenn der Reichstag seine Haushaltberatungen mit der landwirtschaftlichen Hilfe, der Ostthilfe und ein paar anderen Maßnahmen erledigt habe, wäre es wirklich wünschenswert, wenn er nach dieser großen Arbeit ein paar Monate Pause einschalten wollte, freiwillig natürlich.

Damit würde er die Sicherstellung seiner Autorität weiter fortsetzen, und die Regierung hätte Zeit, die schwierigen Fragen der Reform der Sozialversicherung und der Wohnungswirtschaft in Ruhe zu erledigen.

Große Mehrheiten für Brüning

Abgelehnte Oppositionsanträge.

Wenn die Sirenen heulen ...

Auch der Reichstag hat sein „Sturmsignal“, hat seinen Sirenenruf. So melodisch ist's nicht wie der Gesang der Sirenen, die einst in sagengrauer Vorzeit den homerischen Helden Odysseus und die Seinen durch liebliches Singen heranlocken wollten in den Tod hinein. So angriffslustig und kampfesfroh klingt es nicht, als wenn mit einem kurzen Sirenenton einst deutsche Torpedoboote zum Angriff auf den Feind losbrausten. Dumpf und langgezogen tönt das Heulen dieser Sirenen im Reichstag, aber es ist ebenso „lockend“ wie der Gesang ihrer sagenhaften Schwestern. Von überallher ruft es die Volksvertreter in den Sitzungssaal. Aus dem Arbeits-, dem Beratungs- oder dem Lesezimmer. Oder hinweg vom gerade servierten Kotelett im Restaurant. „Abstimmung!“ tönt ihr Ruf. „Namentliche Abstimmung!“ Und wer da fehlt, den kostet es noch obendrein die Diäten.

Sie dauert einige Zeit, hält die Erledigung der Tagesordnung auf und ist darum zu einem beliebten Mittel der Opposition geworden. Um eine Abstimmung zur namentlichen zu machen, genügt schon ein von 50 Abgeordneten gestellter Antrag. Es ist also ein geradezu wundervolles Mittel der Minderheit, zwar die Mehrheit nicht zu überstimmen, wohl aber den Fortgang der parlamentarischen Arbeit zu hemmen. Dann spricht man davon, daß die Opposition zur parlamentarischen Obstruktion wird.

So begleitet das Sirenengeheul den Kampf der Minderheit gegen die Mehrheit. So ist häufigeres Sirenengeheul ein akustisches Zeichen für diesen Kampf und für den Hochgrad der aufeinanderstoßenden Gegensätze. Aber in der Sonnabendsitzung haben die Sirenen so oft heulen müssen, daß sie sicherlich heiser geworden wären, wenn sie nicht durch den elektrischen Strom betrieben würden, der keine Ermüdung kennt. Von etwas mehr als vier Stunden, die die Sitzung währte, wurden drei fast ganz von diesem Sirenengeheul begleitet, von namentlichen Abstimmungen ausgefüllt, nur mit kurzen Unterbrechungen für Debatten über die Geschäftsordnung. Bis dann die Mehrheit selbst zur Geschäftsordnung griff und über achtzehn, noch ausstehende Anträge zur Tagesordnung überzugehen beschloß — natürlich auch wieder in namentlicher Abstimmung —, weil man befürchtete, daß fast noch anderthalbdutzendmal namentlich abgestimmt werden würde. Erregt protestierte die Opposition von rechts und links, — aber derartiges war 1925 bereits einmal erfolgt. Die Obstruktion richtete sich natürlich gegen die baldige Beratung der Geschäftsordnungsreform und erreichte insofern auch ihr Ziel, als die Beratung der Reformanträge nun bis zur nächsten Sitzung verschoben werden mußte. So ist denn am Sonnabend nur durch diese Art, weitere namentliche Abstimmungen zu verhindern, es wenigstens gelungen, in zweiter Lesung den Haushalt des Reichskanzlers und des Reichsministeriums zu erledigen. Aber unter dem und durch das Sirenengeheul stellte sich heraus, daß der Reichskanzler über eine Mehrheit verfügt, auf die er sich bei diesem Sturm verlassen kann.

Der Präsident entließ seine Scharen mit dem Wort: „Bitte, machen Sie sich für den Montag auf eine lange Sitzung gefaßt!“ Er dürfte mit dieser Prophezeiung recht behalten. Und er hätte wohl noch hinzufügen können: „... auch auf eine stürmische Sitzung!“ P.

*

Sitzungsbericht.

(19. Sitzung.) CB. Berlin, 7. Februar.

Nach Eröffnung der Sitzung erhebt zur Geschäftsordnung zunächst Abg. Stöcker (Komm.) schärfsten Einspruch dagegen, daß in Abwesenheit seiner Fraktion vom Präsidenten die Anträge der Regierungsparteien zur Änderung der Geschäftsordnung und insbesondere der Antrag Rauch-München auf die Tagesordnung gesetzt worden sind. Mit dem Antrage Rauch solle jede Beratung im Geschäftsordnungsausschuß unterbunden werden.

Abg. Gottheiner (Dtn.) beantragt, die von seiner Fraktion bereits im Dezember eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Minister Treviranus, Curtius und Wirth mit der Tagesordnung zu verbinden.

Präsident Löbe empfiehlt, da ja der Haushalt des Reichskanzlers zur Beratung stehe, nur den Mißtrauensantrag gegen Minister Treviranus mit der Tagesordnung zu verbinden.

Es wird denn auch beschlossen, den Mißtrauensantrag gegen Treviranus heute zur Entscheidung zu bringen, die Mißtrauensanträge gegen Dr. Curtius und Dr. Wirth erst später zu erledigen. — Der kommunistische Antrag auf Absetzung der Punkte, die die Reform der Geschäftsordnung und die Strafanträge gegen Abgeordnete betreffen, wird abgelehnt.

Darauf wird die politische

Aussprache beim Haushalt des Reichskanzlers

fortgesetzt. Abg. Bornemann (Volksn.) erklärt, seine Freunde seien der Auffassung, daß der Etat auf parlamentarischem Wege erledigt werden müsse. Die Osthilfe dürfe keinen Experimenten unterworfen werden. Schuld an den Zuständen trage das System, das den Staat zur Beute privater Gruppeninteressen werden lasse.

Abg. Dr. Oberfohren (Dtn.) wendet sich dagegen, daß der Reichskanzler davon gesprochen habe, Geheimrat Hugenberg habe „eine neue Inflation vorgeschlagen“. Er fragt den Reichskanzler, aus welchem Grunde er einer Darlegung, die klar und deutlich von den Gefahren der Deflation spreche, die Absicht der Herbeiführung einer neuen Inflation unterschiebe; ob der Reichskanzler nicht wisse, daß wir uns mitten in einer verhängnisvollen Deflation befinden; ob der Reichskanzler vergessen habe, daß schon zweimal das Ausland einen planmäßigen Angriff auf unsere Währung durch Zurückziehung kurzfristiger Kredite unternommen habe und daß die Regierung gegen eine Wiederholung wehrlos sei, und ob er es für möglich halte, diesen Zustand der Dinge als Dauerzustand bestehen zu lassen?

Die Behauptung des Reichskanzlers, dieser habe 1927 Hugenberg einen Vorschlag gemacht, zuerst den deutschen Osten zu entschulden und dann erst an die Reparationsfrage zu gehen, und daß es die Absicht der damaligen Regierung gewesen sei, diesen Vorschlag zu verwirklichen, erklärte der Redner im Einverständnis mit Hugenberg und den damaligen deutschnationalen Ministern für eine Unwahrheit.

Weiter stellt er als Teilnehmer und Hauptredner der Versammlung, in der Thyssen seine angegriffenen Ausführungen gemacht hat, fest, daß die Hauptgrundlagen, auf die sich der Abg. Joos (Ztr.) bezogen habe, eine Fälschung darstellten. (Hört! Hört! bei den Deutschnationalen.)

Auch Abg. Dr. **Kleiner** (Dtn.) hielt dem Reichskanzler vor, daß von seiner Absicht, den Schleier von der Sabotage der Osthilfe zu lüften, nichts übriggeblieben sei als eine agitatorische Polemik. Die unerfreulichen lärmenden Begleiterscheinungen bei der Ostreise des Reichskanzlers lehne die ganze nationale Bevölkerung der Grenzlande ab. Die Schuld liege aber bei den Trägern der Erfüllungspolitik. Von einer konfessionellen Hetze könne nicht die Rede sein.

Während der Rede des Abg. Dr. Kleiner kommt es zu einem Zwischenfall. Auf einen sozialdemokratischen Zuruf erwidert der Redner sehr scharf und wird zur Ordnung gerufen. Als die deutschnationalen Abgg. Schiller und Quaatz dem Redner zustimmen, erhalten sie ebenfalls Ordnungsrufe.

Abg. **Lüdke** (Wirtschaftspartei) erkennt an, daß die Reichsregierung bemüht sei, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Wirtschaftspartei habe dem Kabinett Brüning von Anfang an ein gewisses Vertrauen entgegengebracht, aber die Deutschnationalen hätten in Verkennung der Verhältnisse die Auflösung des Reichstages herbeigeführt. Die Folge sei eine Radikalisierung und eine Verschärfung der Wirtschaftskrise gewesen. Der Redner schließt mit einer Kampfansage an die Nationalsozialisten.

Abg. Döhrich (Deutsches Landvolk) gibt eine Erklärung ab, wonach seine Fraktion den Antrag auf Reichstagsauflösung ablehnt. Seine Fraktion verlange eine

Umbildung der Reichsregierung,

die dem nationalen Volkswillen entspreche, und werde daher den Mißtrauensanträgen zustimmen.

Der Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.) erklärt, das Volk werde einst nicht nach der Zentrumsdialektik zwischen legalem und illegalem Separatismus unterscheiden, sondern zwischen den Leuten, die im Dienste Frankreichs die Rheinprovinz zu einem selbständigen Staat machen wollten, und den anderen, die dagegen ankämpften. Auf die Frage des Präsidenten, ob sich das auch auf Mitglieder des Hauses beziehen solle, erwidert der Redner, er könne das im Augenblick nicht übersehen, und fährt dann fort: Wenn wir an der Macht sind, so werden wir nicht die kleinen, sondern die großen Separatisten hängen.

Das Haus tritt dann in die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge ein. Zunächst, und zwar namentlich über die nationalsozialistischen und kommunistischen

Mißtrauensanträge gegen die ganze Reichsregierung.

Die Anträge werden mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt. Für die Anträge stimmen mit den Antragstellern selbst die Deutschnationalen und die Landvolkpartei, von der sich aber die Abgeordneten Schlange-Schöningen und Bauer an der Abstimmung nicht beteiligen.

Hierauf beantragt Abg. Esser (Ztr.), den deutschnationalen